

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum

**15.02.2013**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stadtentwicklungs, Kommunale Verkehrsplanung**

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Donnerstag, 15.11.2012**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:36 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 25.09.2012 - öffentlicher Teil**  
*0506/2012*

- 4**      **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
  
- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 5.1**    **Frauenpolitische Informationen**  
*0504/2012*
  
- 6**      **Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zur Aufstellung des  
Bundesverkehrswegeplans 2015 - Vorhaben A4 Köln/Merheim - Moitzfeld**  
*0490/2012*
  
- 7**      **Modellkommune Kommunales Mobilitätsmanagement**  
*0543/2012*
  
- 8**      **Zwischenbericht zum Plan zur Chancengleichheit 2011-2013**  
*0502/2012*
  
- 9**      **Anträge der Fraktionen**
  
- 9.1**    **Antrag des Seniorenbeirates vom 17.10.2012, der Rat möge die "Leitsätze für eine  
seniorenfreundliche Stadt" beschließen**  
*0500/2012*
  
- 10**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Vorsitzende stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende informiert die Ausschussmitglieder, TOP 9.1 „Antrag des Seniorenbeirates vom 17.10.2012, der Rat möge die „Leitsätze für eine seniorenfreundliche Stadt“ beschließen“ sei für diese Sitzung zurückgezogen worden, er werde mit vollständigen Unterlagen auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

Die Ausschussmitglieder fassen folgenden **Beschluss**:

**TOP 9.1 „Antrag des Seniorenbeirates vom 17.10.2012, der Rat möge die „Leitsätze für eine seniorenfreundliche Stadt“ beschließen“, wird von der Tagesordnung abgesetzt und die Tagesordnung im Übrigen in der vorliegenden Form beschlossen.**

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 25.09.2012 - öffentlicher Teil 0506/2012

Herr Waldschmidt bittet hinsichtlich des im Durchführungsbericht unter TOP 7 aufgeführten Beschlusses, das Einzelhandelskonzept zu aktualisieren und dem Ausschuss im ersten Quartal 2013 zur Entscheidung vorzulegen, darum, den Fraktionen die Änderungen so rechtzeitig vor dem Sitzungstermin vorzulegen, dass noch eine Beratung in der Fraktionssitzung - also nicht lediglich im Arbeitskreis - erfolgen könne.

Frau Dr. Werheit stimmt dem zu und stellt in Aussicht, zusätzlich im Vorfeld einen Arbeitskreis zur Rückkopplung mit den Fraktionen einzuberufen.

Unter Bezugnahme auf TOP 14 des Durchführungsberichts fragt Herr Waldschmidt nach, warum für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen die Zahlung nach der Entschädigungsverordnung für sachkundige Bürger erst mit der Gesamtänderung der Satzung in 2013 umgesetzt werden solle.

Herr Hastrich antwortet, mit dem Vorstand des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen habe eine Verständigung darüber stattgefunden, diese Änderung der Satzung in die ohnehin durch die Entwicklung des Aktionsplans anstehende vollständige Überarbeitung der

Satzung einschließlich des Wahlverfahrens einzufügen, um aus ökonomischen Erwägungen eine separate Veröffentlichung zu vermeiden.

#### **4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

#### **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass neben mehreren Mitteilungen aktuell noch eine 15-minütige Präsentation durch Frau Tekaas im Auftrag der RVK angekündigt sei.

Herr Hastrich bezieht sich zunächst auf die den Ausschussmitgliedern vorliegende Tischvorlage bezüglich der Umsetzung des Teilhabeforums (*Anlage*). Daraus ergebe sich der im interfraktionellen Arbeitskreis erarbeitete Zeitplan sowie der Inhalt der Befragung, die Anfang Dezember zusammen mit der Einladung zum 1. Teilhabeforum am 23.01.2013 an die Akteure versandt werden sollen. Herr Hastrich fasst den aus Seite 1 der Tischvorlage ersichtlichen Zeitplan kurz mündlich zusammen und schlägt vor, ihm weitere Anregungen gerne zukommen zu lassen.

In einer zweiten Mitteilung bezieht sich Herr Hastrich auf die ebenfalls auf den Plätzen ausliegende Handreichung der BAG Wohnungslosenhilfe gegen den Kältetod von Wohnungslosen (*Anlage*). Diese Information des Netzwerks Wohnungsnot beschreibe den Umgang mit diesem Thema in Bergisch Gladbach. Herr Hastrich weist insoweit auf den in der letzten Ausschusssitzung vorgelegten Jahresbericht und die für eine der nächsten Sitzungen vorgesehene Einladung eines Vertreters der Beratungsstelle hin.

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt berichtet Herr Hastrich, dass aufgrund einer entsprechenden Rufbereitschaft auch eine kurzfristig erforderliche Unterbringung in den städtischen Unterkünften zu jeder Tages- und Nachtzeit möglich sei.

Das Interkulturelle Filmfestival „Nahaufnahme“, so führt Herr Hastrich weiter aus, habe am Montag mit weit über 200 Teilnehmern und Teilnehmerinnen begonnen; dies sei ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis. Für die parallel für Kleinkinder stattfindenden Veranstaltungen des Puppenpavillons seien mehr als 500 Kinder angemeldet. Hinsichtlich der schulischen Veranstaltungen könne der Erfolg noch verbessert werden.

Bezüglich der in den letzten Wochen verschiedentlich in der Presse dargestellten vermeintlichen Fehler des Fachbereiches Jugend und Soziales bei der Gewährung von Grundsicherung im Alter berichtet Herr Hastrich, der Sachverhalt sei in den Artikeln unzutreffend wiedergegeben. Richtig sei, dass die Frage, ob eine in der betroffenen Bedarfsgemeinschaft lebende zweite Person die anspruchstellende Person mit finanzieren müsse oder letztere möglicherweise Anspruch auf Leistung nach der Grundsicherung habe, mangels Vorlage beispielsweise von Bankauszügen durch den Betreuer bislang noch nicht geklärt werden konnte. Die Mitwirkungspflichten von Leistungsberechtigten, die Finanz- und Vermögensverhältnisse offenzulegen, seien also nicht erfüllt worden. Deshalb fehle hier die Rechtsgrundlage für einen Leistungsbescheid. Ungeachtet der juristischen Ausbildung des Betreuers sei dieser vorsorglich am 02. November auch schriftlich über seine Mitwirkungspflicht informiert worden. Bis heute habe sich an der Informationslage im Fachbereich Jugend und Soziales nichts verändert. Dies verdeutliche den Grund der Problematik. *(redaktionelle Anmerkung: Eine Aktualisierung des Sachstandsberichts ergibt sich aus der beigefügten E-Mail vom 20.11.2012.)*

Herr Schmickler begrüßt die Sozialforscherin und Verkehrsplanerin Anne Tekaats und als Mitarbeiter der Regionalverkehr Köln GmbH Herrn Gregor Mauer. Herr Schmickler führt aus, vor dem Hintergrund der sich aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept und aus Konzepten des Rheinisch-Bergischen Kreises ergebenden Hinweise auf eine sich verändernde Bevölkerungsstruktur infolge des demografischen Wandels und der damit verbundenen Bedarfe habe er vor einiger Zeit Gespräche mit dem Geschäftsführer der RVK geführt. Das Ergebnis sei die Auflegung eines in anderen Versorgungsgebieten bereits durchgeführten RVK-Projekts. Die Resultate dieses Projekts „MoSiM - Mobilitätssicherung und sichere Mobilität älterer Menschen“ in Bergisch Gladbach werden von Frau Tekaats im Rahmen einer Leinwandpräsentation vorgestellt. Frau Tekaats berichtet, wegen des in beiden Stadtteilen vorhandenen Themas der Überalterung seien die Planungsräume Bensberg und Refrath ausgewählt worden. MoSiM sei zentral daran ausgerichtet, die älteren Menschen in den Untersuchungsräumen mit einzubinden. Etwa 120 ältere Menschen in den kirchlich organisierten Seniorentreffs seien zu ihren Mobilitätsbelangen befragt worden, ebenso habe es Befragungen in Senioreneinrichtungen wie DRK-Treff, Pro Treff usw. gegeben. Besonderes Gewicht sei dabei auf die Anbindung folgender Komplexe gelegt worden: Wohnen, Einkaufsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung, Senioreneinrichtungen, Friedhöfe, Kirchen und Banken.

Einer der zentralen Aspekte, so führt Frau Tekaats weiter aus, für altersgerechte Strukturen sei die Mobilität, Wohnstandortwahl sei eins der höchsten Güter im Alter, d.h. möglichst lange selbstbestimmt im gewohnten sozialen Umfeld zu leben. Es sei wichtig, auf im Alter zunehmende Unsicherheiten und Ängste zu reagieren und die betroffenen Menschen frühzeitig mit dem ÖPNV vertraut zu machen. Zugangswege sollten erleichtert und verkürzt werden. Angesichts altersbedingter Einschränkungen seien besonders audiovisuelle Informationshinweise in den Bussen förderlich für die Verhaltenssicherheit. Dieses Hilfsmittel sei auch in der Befragung sehr gelobt worden. Insgesamt gehe es aber nicht nur um Mobilitätssicherung älterer Menschen, sondern auch um den Bevölkerungsrückgang, das Wegbrechen der Hauptfahrgastgruppe der Schüler und Schülerinnen. Es gehe auch darum, frühzeitig Strukturen zu schaffen bzw. bestehende zu erhalten, die eine Kommune als attraktiven Lebensstandort auch für Familien mit Kindern ausweisen.

Im Rahmen der Fahrplananalyse hebt Frau Tekaats hervor, dass sowohl in Bensberg als auch in Refrath neben einer ansonsten guten Busanbindung die Linie SB 40 nach Köln sonntags nicht fahre. In Refrath werde bei einem ansonsten guten Busangebot die zentrale Haltestelle Siebenmorgen sonntags nicht bedient.

Frau Tekaats hebt zum Thema Infrastrukturen den Busbahnhof Bensberg mit der Straßenbahn-Endhaltestelle als Vorzeigeprojekt hervor. Einschränkend sei nach den Hinweisen der älteren Menschen der nicht unbedingt ausreichende Schutz bei starkem Wind und Regen zu erwähnen. Positiv zu nennen seien die barrierefreien Zugänge zur Linie 1. Die Haltestellen seien soweit altengerecht ausgebaut. Das Kundencenter GL habe sehr gute Benotungen bei den älteren Menschen erhalten. Besonders gewünscht sei die dort mögliche persönliche Beratung.

Betreffend den Busverkehr zeigt Frau Tekaats einzelne Fotoaufnahmen von Haltestellen, an denen ein Witterungsschutz oder Sitzgelegenheiten fehlen. Diesbezüglich sei nach Auskunft der Verwaltung bereits Abhilfe vorgesehen. Im Bereich der Serviceresidenz Bensberg fehle eine Bushaltestelle. Auch diese Anregung befinde sich in Bearbeitung. Als Defizite seien von den älteren Menschen das Fehlen einer Aufzugsanlage im Löwenzentrum und eines sicheren Fußgängerüberwegs „Im Bungert“ genannt worden.

Frau Tekaats informiert, in Refrath seien im Bereich Siebenmorgen Verkehrsflächen nivelliert und die Situation der Sitzplätze im öffentlichen Raum mit einfachen Mitteln wirkungsvoll verbessert worden. Letzteres gelte auch für Bensberg. Als Defizite in Refrath sei die als unsicher eingeschätzte

Verkehrssituation im Kreuzungsbereich des Refrather Friedhofes zu nennen wie auch die unsichere Mobilität aufgrund des geringen Straßenquerschnitts im Vürfels.

In beiden Untersuchungsräumen, Bensberg und Refrath, so berichtet Frau Tekaats weiter, sei beispielsweise in Form von Rampen an speziellen Senioreneinrichtungen, Absenkungen von Bordsteinkanten und die Einrichtung fast niveaugleicher, beampelter Übergänge schon sehr viel positiv verändert worden.

Frau Tekaats formuliert als Zielsetzung für Bensberg und Refrath die Verbesserung der Erreichbarkeit seniorenrelevanter Einrichtungen und eine kleinräumige Erschließung der Wohngebiete durch seniorengerechte Fahrtenangebote. Dazu seien folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Ausweitung des Linienverkehrs von Haltestelle zu Haltestelle, ggf. auch mit kleineren Fahrzeugen (keine kostspielige Haus- zu Hausbedienung)
- engmaschigeres Haltestellennetz, kurze Haltestellenwege
- stündliche Bedienung an allen Wochentagen von 8.00 bis 18.00 Uhr
- attraktive Fahrpreisangebote
- problemloser Transport von Rollatoren, Einkaufsgut usw.
- geschultes Fahrpersonal, das auch beim Ein- und Aussteigen behilflich ist.

Zur Verbesserung der bestehenden Angebote schlägt Frau Tekaats im Weiteren für Bensberg und Refrath ergänzende Linienwege vor, welche die Wohngebiete kleinräumig erschließen.

*(red. Anmerkung: Die Ergebnisse der Studie sind als Bericht im Internet unter [www.rvk.de/startseite/medien-downloads/publikationen-studien.html](http://www.rvk.de/startseite/medien-downloads/publikationen-studien.html) abrufbar)*

Die Vorsitzende bedankt sich für den interessanten Vortrag und kündigt an, dieses wichtige Thema nach Absprache in den Fraktionen auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. Frau Dr. Werheit informiert, die von den Ausschussmitgliedern gewünschte Vorlage einer Arbeitsplanung für den Flächennutzungsplan habe sich u. a. krankheitsbedingt etwas verzögert. Das Thema sei für die Tagesordnung der kommenden Sitzung vorgesehen.

Mit dem Ziel, einen möglichst hohen Konsens im Rahmen des Flächennutzungsplanverfahrens zu erreichen, sei ein transparenter Weg unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen. Es müsse etwa ein Zeitraum von 2 bis 2,5 Jahren allein für das formale Verfahren eingeplant werden, der sich durch eine intensivere Bürgerbeteiligung länger hinziehe.

## **5.1. Frauenpolitische Informationen** *0504/2012*

Frau Münzer bezieht sich auf den der Vorlage beigefügten Artikel „Hilfen bei häuslicher Gewalt“ und fragt für die CDU-Fraktion, wie viele Frauen und Kinder in Bergisch Gladbach die im Artikel aufgeführten Hilfen und Frauenhäuser in Anspruch nehmen. Die Frage sei auch vor dem Hintergrund verschiedener aktueller Presseartikel zu sehen, dass Frauenhäuser finanziell gesichert sein müssten.

Frau Fahner schlägt eine Beantwortung im Rahmen einer Vorlage für die nächste Sitzung vor. Die Vorsitzende stimmt dem zu.

6. **Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 - Vorhaben A4 Köln/Merheim - Moitzfeld 0490/2012**

Herr Tschorny bringt das Erstaunen seiner Fraktion darüber zum Ausdruck, dass die Vorlage nicht im AUKV besprochen und im Rat entschieden werde. U. a. falle nach dem Kenntnisstand seiner Fraktion ein Naturschutzgebiet einem sechsstreifigen Ausbau der A4 zum Opfer.

Frau Schundau möchte sich Herrn Tschornys Vortrag anschließen. Weiter weist sie darauf hin, es müsse nicht jedes Gewerbe über eine Autobahnanbindung verfügen, es gebe bereits vier Anschlussstellen. Im ISEK 2030 werde eine intelligente Mobilität angestrebt, die hier nicht erkennbar sei. Ihre Fraktion werde deshalb dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Schmidt sieht darüber hinaus in der Verbreiterung der A4 keinen Nutzen, solange der mangelnde Verkehrsfluss im Bereich des Staubeginns am Autobahnkreuz Köln-Ost nicht in Ordnung gebracht werde. Er fragt auch nach dem Stand der Umweltverträglichkeitsstudie für den zweiten Ausbauteil des Bahndamms.

Frau Dr. Werheit informiert, von Straßen NRW sei die Fertigstellung der Umweltverträglichkeitsstudie bis Ende dieses Jahres zugesagt worden. Sie rechne damit, dass die Studie der Stadtverwaltung Anfang kommenden Jahres vorliege.

Herr Waldschmidt verweist auf die angespannte Verkehrssituation in Bergisch Gladbach, die bekanntermaßen mehr Staus als Vorwärtsbewegungen zur Folge habe. Es sei sowohl der Ausbau der Autobahn als auch die Anbindung des Stadtgebietes an die Autobahn dringend erforderlich, um ein paralleles Ausweichen auf das Stadtgebiet zu vermeiden. Die SPD-Fraktion werde deshalb die vorliegende Stellungnahme unterstützen.

Herr Dr. Bernhauser spricht für die CDU-Fraktion deren Zustimmung zur vorgeschlagenen Beschlussfassung aus. Es gehe um eine deutliche Entlastung des innerstädtischen Verkehrs und einen Zugewinn an Lebensqualität für die Anwohner der besonders belasteten Straßen.

Herr Dr. Karich führt aus, nach Meinung seiner Fraktion sei der Ausbau der Autobahn auf sechs Spuren die effizienteste Maßnahme, in der Relation von zusätzlichem Flächenbedarf zu zusätzlicher Verkehrsleistung sei der Ausbau sogar hocheffizient. Zudem gehe es hier lediglich um eine Aufnahme in eine Prioritätenliste. Der vorgelegten Stellungnahme müsse deshalb unbedingt zugestimmt werden.

Herr Tschorny weist auf Untersuchungen hin, die die Zunahme des Verkehrs bei einem Autobahnausbau von vier auf sechs Spuren feststelle. Seine Fraktion halte die Ausweitung des ÖPNV für nachhaltiger und beantrage deshalb, das Thema auch im AUKV zu besprechen.

Frau Dr. Werheit verdeutlicht mit der Begründung, es gehe in der Vorlage lediglich um die strategische Fragestellung der Einordnung in eine Prioritätenliste, dass der Tagesordnungspunkt ausschließlich im Stadtentwicklungsausschuss zu beraten sei.

Zum Thema Verlagerung von Verkehren erläutert Frau Dr. Werheit, durch die vorgesehene Maßnahme solle zumindest erreicht werden, dass die von der Autobahn kommenden Ausweichverkehre das ohnehin schon stark belastete Stadtgebiet nicht noch zusätzlich belasteten.

Für die innerstädtischen Gewerbegebiete gelte es, die bei mehr als der Hälfte der Betriebe unzureichende Verkehrsanbindung zu verbessern unter Einbeziehung der vorhandenen Verkehrssysteme einschließlich der Einbindung der ÖPNV-Strukturen nach Köln, so dass möglichst Verkehre aus dem Individualverkehr verlagert werden könnten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fasst dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB und bei zwei Enthaltungen in der CDU-Fraktion - folgenden **Beschluss**:

**Der Stellungnahme der Verwaltung zur „Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 Teil Straße – Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben“ wird zugestimmt.**

7. **Modellkommune Kommunales Mobilitätsmanagement**  
*0543/2012*

Herr Schmickler erläutert kurz noch einmal das in der Vorlage dargestellte gemeinsame Modellprojekt des VRS mit dem Land NRW. Dieser Wettbewerb füge sich sehr gut in die Beschlusslage des ASSG zum Thema Verkehrsentwicklungsplanung ein, auch vor dem Hintergrund der schwierigen und kaum zu ändernden Gegebenheiten im Individualverkehrsnetz. In dieser problematischen verkehrlichen Situation sei es umso wichtiger, Lücken in den verschiedenen Netzen zu schließen, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und vor allem die verschiedenen Verkehrsträger so zu vernetzen, dass die Angebote kombiniert und intelligenter nutzbar gemacht werden. Im Rahmen des ausgeschriebenen Modellprojektes, so führt Herr Schmickler aus, lasse sich nach seiner Auffassung bereits ein großer Teil der qualitativ für den Verkehrsentwicklungsplan zu leistenden Planung und Entwicklung erledigen. Auch wegen der im Rahmen des Projektes erfolgenden Expertenbegleitung und der finanziellen Unterstützung sei eine Bewerbung als Modellkommune unbedingt anzustreben.

Herr Schmickler macht auf den weiteren Vorteil geringer Verwaltungskosten im Falle der Ernennung zur Modellkommune aufmerksam, der durch die Nähe zur Projektbegleitung in Köln gegeben sei.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich für die CDU-Fraktion dafür aus, dem entscheidenden AUKV die Bewerbung zu empfehlen. Auch mit Blick auf Frau Tekaats Vortrag zur Mobilität im Alter sei aus seiner Sicht die Mobilitätsfrage aller Altersgruppen einer der Bausteine zum Flächennutzungsplan, vorliegend im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung, mit der die Verwaltung beauftragt worden sei.

Auch Frau Schundau spricht sich für eine Bewerbung als Modellkommune aus und weist ergänzend darauf hin, dass bei der Planung der Mobilität Fuß-, Rad- und Autoverkehr gleichberechtigt berücksichtigt werden müssen.

Auch Herr Tschorny begrüßt für die Fraktion DIE LINKE./BfBB die Zusammenarbeit mit dem VRS, um den ÖPNV zu verbessern. Im Rahmen eines solchen Projektes sei auch das Thema Sozialticket ins Gespräch zu bringen.

Herr Dr. Karich ist der Meinung, die Verbesserung der Anbindung gerade der Stadtmitte an alle Verkehrsmittel, vor allen Dingen an die Autobahnen, sei dringend notwendig. Hinsichtlich des beschlossenen Verkehrsentwicklungskonzepts einerseits und der begrenzten Kapazität der Verwaltung andererseits könne es nur begrüßt werden, Unterstützung von dritter Seite zu erhalten. Es sei sinnvoll, wenn alle Fraktionen verdeutlichen, dass Bergisch Gladbach ein extrem hohes Modellpotenzial habe, das richtungweisend für die ganze Region sein könne.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann beschließt, dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend, einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den AUKV:

## **Die Stadt Bergisch Gladbach bewirbt sich beim VRS als „Modellkommune Kommunales Mobilitätsmanagement“.**

Die Vorsitzende übergibt die Sitzungsleitung um 18.13 Uhr an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Waldschmidt, wünscht einen guten Sitzungsverlauf und verabschiedet sich wegen eines Folgetermins.

### **8. Zwischenbericht zum Plan zur Chancengleichheit 2011-2013 0502/2012**

Frau Fahner informiert einleitend, der vorliegende Zwischenbericht verfolge das Ziel festzustellen, auf welchem Stand sich die vereinbarten Maßnahmen des vom Rat im Dezember 2010 verabschiedeten Plans zur Chancengleichheit befinden und ggf. wie mit bestehenden Auffälligkeiten umzugehen sei.

Der Zwischenbericht sei in drei Teile aufteilt:

Teil 1: Übersicht über die Daten, d.h. Zugehörigkeit der Männer und Frauen zu den jeweiligen Besoldungsgruppen und Entgeltgruppen im Jahr 2010 und zum Stichtag 30.06.2012. Diese Istdarstellung berücksichtige neben den Stellenneubesetzungen beispielsweise auch Stellenneubewertungen oder Stelleneinsparungen, Versetzungen auf andere Stellen, Abordnungen zu anderen Arbeitgebern usw.

Teil 2: Informationen zu den Maßnahmen, die im Plan zur Chancengleichheit vereinbart wurden, und zu deren Iststand zum 30.06.2012

Teil 3: Zusammenfassung der Ergebnisse der Entwicklung sowie der Ziele unter dem Titel „Fazit für die verbleibende Laufzeit des Plans zur Chancengleichheit“

Frau Fahner berichtet, als Ergebnis seien zwei Ziele von besonderer Bedeutung, eine Schulung der Führungskräfte der Stadtverwaltung speziell zu Genderthemen und die Intensivierung der Förderung der Nachwuchskräfte.

Herr Dr. Karich fragt, ob es auch Bereiche gebe, in denen eine erhebliche Überzahl von Frauen gegenüber Männern Thema der Genderaktivitäten sei, wo ggf. etwas korrigiert werden sollte. Frau Fahner weist auf das Landesgleichstellungsgesetz und die Gemeindeordnung NRW als Arbeitsgrundlage der Gleichstellungsbeauftragten hin. Danach seien Maßnahmen zu entwickeln, um der Benachteiligung von Frauen entgegenzuwirken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer voranzubringen. Für den ersten Teil gehe es tatsächlich gezielt um eine Förderung für Frauen, dies insbesondere angesichts des Nachholbedarfs nicht nur in Bergisch Gladbach. Der europäische Vergleich zeige auch für Deutschland insgesamt einen erheblichen Nachholbedarf. Zum Punkt Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei aber für den nächsten Plan zur Chancengleichheit vorgesehen, insbesondere die Männer stärker in den Blick zu nehmen und Maßnahmen zu entwickeln.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, gegenüber der Genderfrage werde das Thema Diversitymanagement in fortschrittlichen Führungskräftebildungen bevorzugt. Hier gehe es darum, wie Unterschiedlichkeit ein Arbeitsteam bereichere. Dies beziehe sich u. a. auch auf die Unterschiedlichkeit der Geschlechter. Das Genderthema sei heute ein - wenn auch wichtiger - Teil des Diversitymanagements.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für die SPD-Fraktion für den umfassenden, arbeitsintensiven und schlüssigen Bericht. Auf dem Weg zur Chancengleichheit bestehe aber noch ein großer Handlungsbedarf. Nach wie vor seien - bei besseren Schulabschlüssen der Mädchen - die Chefetagen von Männern besetzt. U. a. in den Führungsebenen müsse also sehr wohl geändert werden.

Frau Fahner bestätigt „Diversity“ als ein wichtiges parallel zum Genderthema laufendes Thema. Welche Zielgruppe auch immer unter dem Diversitygedanken in Augenschein genommen werde, es sei die Situation von Frauen und die von Männern quasi als zentrale Frage zu behandeln.

Auf Nachfrage von Herrn Tschorny berichtet Frau Fahner, dass die mehrtägigen Führungskräftebildungen „Gender“ als ein Tagesthema auswiesen, das ganz bewusst einen Referenten und eine Referentin vorsehe.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann beschließt einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

**Der Zwischenbericht zum Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011-2013 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird beschlossen.**

## **9. Anträge der Fraktionen**

### **9.1. Antrag des Seniorenbeirates vom 17.10.2012, der Rat möge die "Leitsätze für eine seniorenfreundliche Stadt" beschließen** *0500/2012*

Der Antrag des Seniorenbeirates wurde von der Tagesordnung abgesetzt (*s. TOP 1*).

## **10. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Kreutz stellt vor dem Hintergrund eines in der Berichterstattung mehrfach dargestellten drastischen Anstiegs der Anzahl von Asylbewerbern in Deutschland folgende Anfragen an die Verwaltung:

**Ist in Bergisch Gladbach die Anzahl von Asylbewerbern in den letzten zwei Monaten gestiegen und hat ggf. die Anzahl im Vergleich zu den letzten Wintern drastisch zugenommen? Stellt sich gegebenenfalls dadurch die Situation in den Notunterkünften kritischer dar?**

*(Die Antwort vom 20.11.2012 ist als Anlage beigelegt.)*

Herr Dresbach richtet folgende Anfrage an die Verwaltung:

**Kann der Bedarf an senioren- bzw. behindertengerechten Wohnungen durch die bestehenden Seniorenwohnanlagen gedeckt werden, und wie viel Prozent dieser Wohnungen werden von Nichtanspruchsberechtigten als Mieter genutzt?**

Herr Schmickler führt aus, es sei sicher allen bekannt, dass ein Bedarf weiterhin bestehe, er könne das ausdrücklich bejahen. Ein Prozentsatz der Nutzung durch Nichtanspruchsberechtigte sei ihm nicht bekannt, solle aber von der Verwaltung geprüft werden.

*(red. Anmerkung: Die ergänzende Antwort vom 21.11.2012 ist als Anlage beigelegt.)*

Frau Schundau fragt, warum der Versuch der Einbahnstraßenregelung am Vollmühlenweg abgebrochen wurde, wohingegen Herr Schmickler in der letzten Sitzung berichtet habe, dass diese gut funktioniere.

Herr Schmickler berichtet, dass sich die Beeinträchtigungen zunächst in Grenzen gehalten hätten. Anfangs seien gewisse Störungen bis Verschlechterungen insbesondere morgens im zufließenden Verkehr aus Richtung Osten aufgetreten bei einem ansonsten über den Tag relativ unauffälligen Bild. Für die Ausfahrt aus dem Straßenzug Am Mühlenberg/Vollmühlenweg seien Verbesserungen zu verzeichnen gewesen. Mit der zunehmenden Herbstwitterung, die auch die höchsten Pkw-Zahlen auf den Straßen mit sich bringe, habe sich die Lage deutlich verschlechtert, so dass enorme negative Effekte für die Kraftfahrer und für den ÖPNV, Radfahrer und Anwohner entstanden seien. Neben dieser verwaltungsseitigen Erkenntnis habe es auch zunehmend Beschwerden von Verkehrsteilnehmern und nach seiner Kenntnis auch von Anliegern gegeben. Es sei deshalb unvermeidbar gewesen, den Versuch weiterlaufen zu lassen. Eine möglicherweise besser funktionierende verkehrliche Lösung sei in der verwaltungsinternen Überprüfung.

Frau Schundau bezieht sich auf Herrn Dr. Bernhausers Anregung in der vergangenen Sitzung, zum Thema Netzwerk Wohnungsnot Frau Becker in die heutige Sitzung einzuladen, was auch die Zustimmung der Vorsitzenden gefunden habe. Frau Schundau fragt nach, warum es hierzu nicht gekommen sei. Herr Dr. Bernhauser informiert, auf Anregung der Verwaltung sei Frau Beckers Einladung zu einem vorgemerkten Thema mit dem Schwerpunkt Wohnen in Bergisch Gladbach nach dem Erscheinen des nächsten Kreiswohnungsberichts im April oder Mai vorgesehen.

Auf eine Nachfrage von Frau Münzer informiert Herr Schmickler, das Freiraumkonzept sei seit geraumer Zeit auf den Internetseiten der Umweltschutzabteilung, speziell aber auch über die Seite der Stadtentwicklung verfügbar.

Herr Theisen berichtet, Herr Hastrich habe ihm gegenüber die Absetzung des Antrages des Seniorenbeirates von der Tagesordnung (TOP 9.1) vor der Sitzung telefonisch erläutert und begründet. Herr Theisen führt weiter aus, er habe diese Begründung in Schriftform zur heutigen Sitzung erwartet und bittet deshalb, ihm diese nachträglich noch zukommen zu lassen. Herrn Waldschmidts Vorschlag, sich wegen dieses Anliegens unmittelbar an Herrn Hastrich zu wenden, stimmt Herr Theisen zu.

Herr Waldschmidt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.35 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

gez.: Ausschussvorsitzende

---

gez.: Schriftführung